Koloholl
Verslag v. Congres
v. d. KAPD.

31/10-1/11/1926

Bröffnet wurde der Parteitag durch den Genossen Märker als Mitglied des Geschäfeführenden -Haupt-Ausschußes am Sohntag den 31.10.26. vorm. 11 Uhr.
Der Delegierte des Bez. Berlin, der Gen. Hermann medete sich zur Geschäfsordnung und Hußerte sich zur Binberufung des Parteitages.
Der H.A. ist diktatorisch über die Ortsgr. Berlin, Hannover, Spandau und Bremen zur Bineberufung eines außerordentlichen Parteitages übergegangen, trotzdem von den obengenannten Gruppen eine Zentralauss chußsitzung verlangt

Demgegenüber wurde vom H.A. festgestellt, daß das nicht zutrifft, da die Mehrzahl der Organisation sich für einen Parteitag erklärt bätte, z.B. die Ortegr. Kiel. Braunschweig, Hesen, Dresden, Kettwig, Altenessen. Hannover hatte sich nicht für eine Zentralausschußsitzung erklärt, sondern hatte in einem Schreiben erklärt, das es gleich sei ob Parteitag oder Zentralauschußsitzung und somit dem H.A. nichts anderes übrig geblieben wäre abzRarkaitag als einen Parteitag einzuberufen.

Mach dieser Geschäftsordnungsdebatte wurden swei Genossen mit der Mans datprüfung beauftragt und swar der Gen. Weiß (Altenessen) und der Gen. Blum

(Kettwig) Dann erfolgte der Verlesung der Schreiben der Ortegr. Kiel, Brauns schweig und Dresden, welche hierdurch der Ortsgr. Essen ihr Mandat übertragen. Dannn erfolgte die Verlesung eines Schreibens der K.A.P.W. an den Par-

Die Mandatsprüfungskommission gab dann nachfolgendes Bericht:
Berlin l Delegierter l Mandat

Spandau 28 45 Brewen 45 -Hannover 11 98 Essen 50 Altenessen Kettwig 85 11 - 19 Mühlheim ohne Handat.

Zur Geschäftsführung wurden die Gen. Märker und Hoß bestimmt und der Gen. Hadinski zur Protokollführung.

In der Angelegenheit Oeblachläger wurde, da derselbe anwesent war. folzgendes kunkimmt festgestellt: Der Gen. Oeblachl. hatte sich in einem Schreizben zu den 9. Parteitag gewandt, indem er Beschwerde führte gegen die Ortegr. Essen. Dieses Schreiben gelangte erst nach Ablauf des Parteitages infolge zu später Absendung zu Händen des H.A. und konnte aus diesem Grunde nicht dem Parteitag vorgelegt werden.

Es wurde in dieser Sache festgestellt das der Gen. Geblachläger Mitglied

soin. Hiebbei wurde betont daß es notwendig sei die Binzelmitglieder der Partei straffer wie bisher organisatorisch zu erfassen, damit selbige besser kontrolliert werden können in der Erfüllung ihrer organisatorischen Pflich ten.

Sine kurse Besprechung der vom H.A. vorgeschlagenen Tagesordnung ergab die Verbindung von Punkt 2 und 4 derselben. Hier it wurde die Vorbesprechung geschlossen und es wurde eine Hittagspause von 1-3 beschlossen. Die weitere Tagu g turde nach Bintreffen eintlicuer Delegierten um 32

eröffnet. Verlesung der am Vormittag beschlossenen Tagesordnung

Punkt 1. Die Weltpolitische Lage 2. Die Lage der Organisation

Bericht des H.A. Presse

3Stellungnahme zur K.A.I. 4 Verschiedenes erhielt der Genosse Kalbitzer zur Punkt 1 das Wort.

Das Referat der politischen Lage folgt in einem besonderen Schreiben. In der Diskusion sprach als erster der Gen-Matt-Hennoverl und brachte als Einleitung seiner Ausführungen eine Resolution des Bezirks Wiedersachsen von der letzten Bezirkskonferenz vom 24.10.26. ein, welche aber für den 2. Punkt zurückgelegt wurde. Amerikas Stellung als Weltbenkier bedinge die Opposition der übrigen Sas Staaten besonders der europäischen. Der Völkerbird ist nicht entgegen sozialdemas kratischer Auffassung der Sieg des Pasifismus, sondern eine Institution zur Lequidierung gegensätzlicher Interessen der einzelnen Staaten Buropas um gum gegen Amerika sich zu einigen.

Wenn dieses gelungen, wird trotz des Völkerbundes Buropa gegen Amerika Krieg führen.

Krieg führen.
Das ist. Arbeitsamt helfe mit zur Erhaltung des kap. Westeuropas. Durch diese Taktik berschiefte die S.P.D. dem Kapitalismus in seiner Todeskrise eine Atempause.

Gen. Koburg. Spandau legt in seinen Ataführungen die historischen Gründe sowjetruseischer Politik dar. Führt dahn weiter aus daß die S.P.D. nicht für den Klassenkampf in Prage kommt und daß sie dem Kapitalismus keine Atempause verschaffen könne, da sie nicht Vorbureiter sein für neue kap. Formel, sondern sich ur den Verhältnissen anpasse. Be ist Aufgabe der K.A.P.D. ideologisch die Revolutie vorsibereiten.

Gen. Härker. Bassen betont die Notwendigkeit des Themas der polit. Lage

and Parteitagen, da erst durch eine richtige politische Beurteilung der gegebenen Periode durchteinen eine richtige politische Beurteilung der gegebenen Periode durchteinen und Formen erkannt werden können sowie a
taktischprinzipieellen Machtelen und Formen erkannt werden können.

Ber Artikel der K.A.Z. Wr. 8. sei keine Basis zur Verschmelzung mit
der Berliner Richtung, Grund hierfür ist an erster Stelle mit die unentschiedenbakkn Haltung in Punkte Todeskrise. Er machte weiter den Vorschlag,
daß der Parteitag zur politischen Lage eine Resolution beschließen solle.

Gen. Kalbitser. Hasen. Es ist eine grundsätzliche Frage für die K.A.P.D. als revolutionäre Organisation, ob durch die Taktik der S.P.D. dem Kapitalismus eine Atempause gewahrt werden känne, da die kapitl. Todeskrise erst Form und Gestalt durch die prol. Erkenntnis annehme. Die S.P.D. hemmt diese Erkenntnis.

Gen. Hermann Berlin. Der Kapitalismus benutse die ref. Organisation zur Atempause. Genügt die II. Internationale diesem Zweck nicht mehr. so wird er sich der III. Internationale bedienen. Der Zeitpunkt hierfür ist nech unbeetimmt.

Gen. Natt. Hamover.Die III. Internationale ist ein Werkzeug speziell russicher Politik. Mit der Annäherung Rußlands an die anderen kapitl. Staaten wird dieses Werkzeug überflüssig und wird deshalb die III. Int. in der II Int. aufgehen können.

Gen. Wärker, Gesen, brachte nochmals seinen Vorschlag eine Resolution in diesem Punkto zu beschließen, in Erinnerung. (Vorschlag abgelehnt.)

Punkt 2. Die Lage der Organisation. er 2 e a de la composición del

Hierzu erhielt der Gen. Märker als Nitglied des H.A. das Wort. Es ist ein Hückblick auf die Vergangenheit notwendig, da Vergangenes sich ausgewirkt hat auf die jetzige organisatorische Lage.

Zur Klärung der Lage sei natwendig eine Brörterung der Dinge die vor dem 9. Parteitag zurückliegen, weil die ursächlichen Differensen die die Haltung des H.A. bedingt hütten aus jener Zeit zurückliegen.

DerPärteitag in Hannover hat die Ortsgr. Berlin beauftragt innerhalb 4 Wochen in der Sache Schröder Stellung zu nelmen. Doch dieses ist erst nach längerer Zeit geschehen.

Der H.A. habe dem Kontrollausschuß das Anklagematerial gesamdt (Verlesung der Schreiben) der Kontroll-Ausschuß antwortete dieses Material genüge nicht, es sei von der Berliner Richtung die nur die Organisation serschlagen wolle. Später habe der Kontroll-Ausschuß durch ein Schreiben gegen Schröder entm schieden.

Während dieser Zeit habe der H.A. keine endgültige Stellung genomen zur Angelegenheit Schröder um die Partei nicht zu gefährden, wir eind aber sur Angelegenbeit Schröder um die Partei nicht zu gefährden, wir sind aber auch durch diese Angelegnheit als H.A. in unseren organisatorischen Arbeiten lahmgelegt worden. Die Ortsgr. Berlin hat in dem Verhalten Schröders keine Vertehlungen gesehen. Hierdurch ist das Verhältnis wie vor dem 9. Parteitag wieder hergestellt worden. Ich mache dem Kontroll-Ausschuß den Verwurf in der Angelegenheit Schröder nicht sachgemäß gehandelt zu haben. Ruch die Pressekommission hat durch die Veröffentlichung einer Erklärung in der E.A.Z Nr. 1. im Fall Gottberg eigenmächtig gehandelt.

Auf unsere Rundschreiben als H.A. ist von den Ortsgr. mangelhaft gemantwortet worden. abenfalls mind die Pragehogen bis beute zum größten Teil

Auf unsere Rundschreiben als H.A. ist von den Ortegr. mangelhaft gemantwortet worden, ebenfalls sind die Fragebogen bis heute zum größten Teil unbeantwortet geblieben.

Die finanziellen Pflichten gegenüber dem H.A. hat fast keine Ortegr.
erfüllt. Dieses Verhalten der Ortegr. hat auch lähment aud den H.A. gewirkt.
Anläßlich der durch die Schröderangelegnbeit geschaffenen Lage lehne es er H.A. ab, Vorarbeiten für den K.A.I. Kongreß zu leisten. Den Brief der K.A.EN.
der mit einem deutschen Begleitschreiben an den H.A. gesandt worden sei, ist inzwischen zurückgegeben worden. Ich gebe zu, daß mir hier eine Fahre lässigkeit unterlaufen ist, die aber nicht beabsichtigt war, auch micht sein komnte, da der Inhalt des Briefes vom gesamten H.A. als gut anerkannt worden war. In der Angelegnbeit des Rundschreibens welches inder K.A.I.Frage an die deutsche Partei gazzahtmt durch Holland gerichtet sei, konnten die ursprüngelichen Behauptungen nicht aufrecht erhalten werden.

Auch ist in diesem Fall, nicht wie vorgesehen die Korrespndens an den H.A. sondern durch die Ortegr. Berlin erfolgt, was auch die Lage des H.A. erschwert habe. Der H.A. lege seine Fuktion nieder.

Auf den Einwurf des Gen. Flachmannun (Bremen) daß laut Vereinbar ung mit dem H.A. sie sämtliche Gelder an die Pressekommission abgeführt, awidet der Gen. Härker, daß dieses nicht etimet, das sei nur für die damä ige Zeit bestimmt und darf niemals als Dauerzustand für eine Ortsgr. gelteb. Auch wurde fostgestellt daß die Ortagr. Bremen erst vor einigen Wochen auf das Anderwachten der H.A. and den Daderwachten den H.A. and den H.A.

wards festgestellt daß die Ortegr. Bremen erst vor einigen Wochen auf das Rundschreiben des H.A. gesntwortet habe und das der Briefunschlag den der Belegierte Bremens vorweeß, durch das der Beweis erbracht werden sollte daß der Fragebogen erst kurz vor der Beantwortung eingelaufen sei, nicht das infrage kommende sei, weil sämtliche Fragebogen von Besen abgeschickt eind und der Poststempel des Umschlages von Bannover war, gleichzeitig auch ein unbekannter Absender von Bannover vermerkt wur. Gen. Matt, Hannover, will diese Bache aufklären.

Zur Frage der Vereinigung mit der Berliner Richtung wurden dann mehrere Schreiben und Antwortschreiben verlesen, welche in der nächsten K.A.Z. ver-öffentlicht werden sollen. Mit einer Ernahnung, dem neuen H.A. mehr Unterlagen sur besseren organisatorischen Arbeit zu geben, wurde der Bericht b beendet.

Diskusion über Punkt 2.

Gen. Matt. Hannover. Die Zentralaussch Beitzung ist verlangt worden weil wir keine Verbindung mehr mit dem H.A. hatten.

Unsere Gen. nahmen an, daß die Basener Gen. mit den Ergebnissen des Hannoverschen Parteitages nicht zufrieden seien und diese Stellung ein nähmen Darum batten sie versucht zu retten was zu retten ist, da alle Briefe die an die in Frage kommende Adresse abgesandt wurden nicht beantwertet wurden habe man sich an den Gen. Berg (Mesen) gewandt. Zum Fall Schröder sagte er: Die Partei kann nicht knall und fall bandeln, sendern der Kontrollmausschuß mußte die Dinge erst gründlich krämmax untersuchen. Das Fehlen von positim ven Material babe dieses gründlich verlängert. Das Material ans der K.A.Z. Berliher Richtung genüge zwar formell, aber nicht endgültig. Die Vorträge

Die Vorträge die Gen. Schröder in der S.P.D. gehalten sind wohl ein form meller Verstoß, aber nicht genpgend Grund für einen Ausschluß.

Bin weiteres nachforschen ließ wohl ein reges Arbeiten mit der S.P.D. vermuten, durch sein freiwilliges Austreten aus der K.A.P.D. ist dieser Fall endgültig erledigt. Der H.A. habe jede Arbeit vernachläßigt. Der Gen. Märker selbst bat zugegeben, daß der H.A. faul gewesen sei. Die Sache Schröder ist hierfür keine Entschuldigung.

mente des Gen. Märker, die Verwirrung der Organisation durch Schweigen au vermeiden, ist nicht stickhaltig. Der Kompronig auf dem 9. Parteitag hat die Einheit der Partei geschaffem. Inmerhalb von 4 Wochen hat die Ortsgr. Berlin die Angelegheit Schröder zu prüfen und hat zu entscheiden gehabt. Die Kurse des Gen. Schröder sind literarische Vorträge in denen er keine Parteiprinzipien verletzt hat. Ham solle nicht nur die Kritik Schröder auch de Henns Artikel lesen, sondern auch den betreffenden Artikel selbst. Die Ortsgr. Berlin sieht keinen Grund vorhanden einen Schröder auszuschließen. Dieser hat schon vor längerer Zett erklärt wegen den Verwicklungen durch seine Person aus der Organisatuon austreten zu wollen. Auch dem 9. Parteitag hätte nicht nur den Gen. Schröder sondern die ganze Ortsgr. Berlin angeklagt werden missen. Die Berliner Richtung wollte durch den Artikel einen Kell in die Organisation treiben. Bem der H.A. kein anderes Haterial habe, so sel dies ein schliechtes Zeichen für ihn. Was von dem Gen. Schröder geschrieben wurde, daran habe selbst die Berliner Richtung nichts auszusetzen gehabt. Die Ortsgruppe Stettin sei ausgetreten, weil auf dem 9. Parteitag in Hannover nicht die Hinigung mit der Berliner Richtung beschlessen wurde. Weitere Gründe seien: Schwankende Haltung besäglich der Todeskrise und der K.A.I. Weil Besen bezüglich des Ausschluß Schröder auf den 9. Parteitag nicht ihren Willen beschen hatten, seien sie abschließender gegen das Heich geworden und hätten den H.A. ins Behlepptun genomen, welcher Liemit seine Reichsfunktion ausser acht gelassen hat. Der H.A. habe nicht nur Sabotage an der K.A.P.W. dem dern auch en der K.A.P.W. habe der Gen. Cardozo die holländische Darstellung als zweifelhaft bestätigt. Im Falle Gottberg habe die Pressenkomission richtig gehandeit. Da der An nicht gehandeit des K.A.P.W. habe seine Pflicht nicht erfällt, indem er bis heute noch keine Fühlung genomen hat mit Bulgarien und Benomen, tie überhaupt das Heine Pflichteiträge die Interessenloeigkeit des B.A. Konns

Gen. Habn. Hasen. Es erregt Befremden, daß die Briefe am den H.A. nicht bemantwortet worden seinen, auch daß man sich trotalem man noch mehrere Adressen wußte, daß man sich am den Gen. Berh wendet, der kein Nitglied der Partei ist. Der Gen. Schröder ist meiner Auffassung nach schon auf dem vorigen Parteitag ausgeschlossen. Die Beteiligung aus materiallen Gründen zur Hitame beit in der S.P.D. ist Grund genug ibn auszuschließen, Schröder kenn ebenmang sogut stempeln gehr wie jeder andere. Im August des Jahres war ein Gen. aus Holland in Deutschland und ist über die Lage informiert worden. Der Zweck der Reise des Gen. Cardozo sei gewesen den H.A. absusägen. Die minimale ühe der Gelder für die Presse von der Ortegr. Besen ist begründet durch die Nitmanbeit Schröders im derselben.

Dan. Oshlachläger. Mühlheim. Zweifelsohne spielt die Person Schröder eine Rolle bei der Binberufung des Parteitages. Durch seine Mitarbeit bei der S.P.D. habe Schröder gegen die K.A.P.D. gearbeitet. Die Beteiligung an Zwitzerorganisationen ist dasselbe und die Partei auß dagegen Stellung nehmen.

Gen. Paßlack. Essen. Kritik die nur geübt wird wegen der Kritik wirkt zers setzend und ist organisationsschädigend. Positive Kritik wirkt aufbauent, beides wird nur all zun oft verwechselt.

Manche Fehler und Mängel die heute auf das Konto des H.A. gebucht werden sind konstruiert worden und in Wirklichkeit nicht vorhanden. Beweise sind dafür: Die Bremer Protokollzusendung und holländischen Rundschreiben, weitere Fehrler sind auch sehr fraglich. Scheinbar soll es auch hier beißen der Zweck keiligt die Mittel. Die Frage Schröder zwinge der Ortsgruppe Berlin und noch andere diese Kritik auf. Die Gewißheit daß die S.P.D. niemand erlauben wird innerhalb ihrer Reihen sersetzend zu wirken ist wohl für jeden zweiffellos. Bine Mitarbeit wird nur korumpierten Personen gestattet. Wenn dem Gen. Schrös der als Revolutionär etwas an der K.A.P.D. gelegen wäre so hätte er alles andere preisgegeben und sich dagegen gewehrt von dem Centralorgan der S.P.D. Genospen nenen zu lassen.

Genossen nenen zu lassen.
Auch trifft es nicht zu, das die Ortegr. Essen den H.A. ins Schlepptau genommen hat, auch das Gegenteil ist nicht der Fall. Wäre die Ortsgr. Essen durch die Auswirkung ihrer eignen Lage nicht so sehr in Anspruch genommen worden, so wären woll manche Mängel die heute beim H.A. festgestellt, unt ein bleiben, durch die Kontrolle als Vorort des H.A.

Gen. Dietrich Basen Vertreter des R.A.A. der A.A. W.D. Antrag 5 und 6 enthält bereits den Wiederschlag der Anregung des Gen. Oehlschläger. Die Gen. aus Dresden haben mitgeteilt. daß mläßig der Fürstenabfindung Schröder als Resferent öffentlich zu diesen Thema avisiert sei, er sei aber nicht erschienen Die Themen Schrödere müßten doch irgend welchen Extrakt ausscheiden, der aber nicht der K.A.P. Prinzipien sein kann.

Gen. Flachmann, Bremen. Bremen und Berlin hatten im März die K.A.Z. herausgegeben. Bremen hat jeden Monat 35,-M. für die Presse gegben. Wir konnten
nur eine machen, wenn alles an die Presse gewandt wurde konnten wir den
anderen Verpflichtungen nicht nachkommen. Eine Adresse von Kiel war vom H.A.
trotz wiederholter Anfrage nicht zu erlangen. Deshalb war die Annahme gegeben, daß vom H.A. bewußt Sabotage an der Organisation betrieben worden sei.
Seine persönliche Auffassung über die literarische Tütigkeit Schröders sei:
Daß er bei dem Lesen der Schröder schen Artikel, soweit er ihrer habhaft
werden konnte, die Auffassung habe, dass hieran theoretisch nichts auszusetzen wäre, obgleich die Artikel nicht für die K.A.Z. geeignet wären. Das
Versagen des H.A. hat zermübend auf die Ortsgr. Bremen gewirkt.

Gane Koburg. Spandau. Die Frage ist hier, wo man den Kommunismus propagieren dürfe. Das Diskutieren Schröders in der S.P.D. ist dasselbe. Schröder sind keine Verletzungen der Parteiprinzipien nachsuweisen. Beweise für die Mitzgliedschaft Schröder in der S.P.D. sind nicht erbracht. Durch Schröder sei ein Aufrütteln der S.P.D. Mitglieder zum Teil sehon erfelgt. Die K.A.P.D. müsse zersetzend auf andere Organisationen wirken. Hierin ist bis jetzt noch nichts getan. Ich lebne es ab über Schröder den Stab zu brechen, ehe ich nicht grundlegende Beweise habe. Breitscheid und Hilferding sind gegen die Tätigkeit Schröders in der S.P.D.

Gen. Märker Essen. Schröders Stellung als Prominenter sei die Basis für den Umfang des Streites. Dieser habe durch seinen Austritt aus der K.A.P.D. einen größeren Dienst erwiesen, als wie durch das Abhalten von Vorträgen in der S.P.D. Das Bekanntsein der Tätigkeit Schrödere welches durch die Berliner Richtung öffentlich überall verbreitet wird, ist hier in Essen ein großes Hemmis zur Propagierung des K.A.P.Gedankens. Hannover war auch nicht immer aktiv. das Schweigen des H.A. sollte die Initiative der Ortsgr. Swedken. In der Periode des Wichterscheines der K.A.Z. set auf die Hundschreis

ben das H.A. sehr mangelhaft geantwomtet worden. Die Partei mus grundlagen schaffen dafür, die Ortsgruppen bei Pflichtversäumis von der Organisation ebenso sur Rechenschaft gezögen werden können, wie Korperationen. Auf Stets tin hat auch die durch Schröders bedingte Lage einen Binfluß gehabt, andererseits die Ausführungen des Gen. Hermann zweifellos auf Stettin ebenfalls zutreffen. Ich erheuere nochmals meinen Vorachlag, jede Ortsgr. welche ihren organisatorischen Verpflichtungen nicht nachkommt, den Stuhl vor die für zu setzen.

220/6

Gen. Matt. Hannover. Es ist nur die Tätigkeit des H.A. gerügt worden. Die Ortsgr. haben dasselbe recht Kritik zu üben am der Tätigkeit von Korpezrationen wie auch ungekehrt. Die Sache Schröder ist eine Prinzipienfrage.

Gen. Weiß. Altenessen. Die Grige. Berlin und Spandau decken beute noch Schröder, es ist nicht möglich als K.A.P.dist in S.P.D. Versammlungen zu sprechen.

den. Padlaak, Basen. Hier bestehen swei Gruppierungen um verschiedene Formen in Frage der Taktik und Propaganda. An den Fall Schröder darf man nicht philosophisch berangehen, sondern historische materialistisch. In der Frage der Pflichtbeiträge weiß i h nur, daß die Ortgam, welche eine Reichskörpers schaft stellt auch immer finanziell bluten muß. Basen hat außerdem als Ortgampe allwöchentlich ein Flubblatt mit der Union zusammen erscheinen lassen welches auch Kosten forderte. Dieses kann nicht entschuldigend sein für die Ablieferung der Pflichtbeiträge.

Begründung: Da in der Diskusion ausschließlich die Grundlagen von Antrag 5 und 6 diskutiert worden sind, schlage ich die Abstimung dieser Anträge

Antrag wurde abgelehnt.

Annual Maria augulant.

Ann. Harmann. Berlin. Die Behauptung dass man in S.P.D. Versammlungen nicht grundsätzlich als K.A.P. Diet errechen kann ist unwahr. Die Fresse ist von jehor das Schmerzensking der Organisation. Vor allem ist die geschäftliche Seite die schmerzlichste. Alle Versuche der Pressekommission die schwier rige lage au habensei an der Organisation gescheitert, entweder durch abslemen von Anträgen oder Nichterfüllung der Verpflichtungen. Ideell wie finanziell ist die Presse bis heute nur von den Ortagr. Bremen, Berlin, Bermanusiell ist die Presse bis heute nur von den Ortagr. Bremen, Berlin, Bermanusiell ist die Presse bis heute nur von den Ortagr. Bremen, Berlin, Bermanusiell ist die Presse bis heute nur von den Ortagr. Bremen, Berlin, Bermanusiell ist die Presse bis heute nur sein, da keinerlei Beschwerden an die Fressekommission gelangt sind. Mur Besen habe später eine Ausnahme genacht und den Vertrieb abgelehnt, weil schröder Hitarbeiter der Fresse und Hitzglied der S.P.D. ist. Die Binstellung der Ortagr. Besen sei komisch. Man muß es sehon der Pressekommission zutrauen nur K.A.P. prizipielle Artikel zu veröffentlichen. Auch hier habe der H.A. versagt, die Binstellung der Besener Gen. sei traurig. Der H.A. habe sich verfitichtet Artikel zu liesfern habe aber nie etwas von sich hören lassen. Der Schlendrian mit der Presseverpflichtung auß aufhören, da sonst ihr weiteres Brecheinen gefähre det ist. Die Ortagr. die bisher die Presse finanziert haben, sind ausgepumpt. Der Ausfall der Presse bedeutet Propagandarückschlag. Die Auffassung der Genessin Fasshauer in der Zeitungsfrage sei zu mißbilligen. Ein körperatie ves Arbeiten der Gesamtorganisation an der Presse sei notwendig.

Gan. Kalbitzer. Rasen. In Gegnerischen Versamalungen könne man solange sprechen wie man auf den Gegner Hols hackt. Sobald der K.A.P. Mann prinsim piell zur kapitalistischen Struktur spricht und die Folgerung sieht, fliggt er unter den Tisch. Es sei etwas anderes ob man in der Diskusion spricht oder als Beauftragter der S.P.D. Die Kritik an dem H.A. ist die Kritik des Blocks Schröder. Die letsten 10. Mark Zeitungsgelder hat man dem Gen. Gardozo für die Pahrt nach Berlin gegeben, es sei aber fraglich en sie auch so en die Pressekommsion gelangt wären. Die Besener Mitglieder wollzten keine K.A.Z. mehr verteilen, well Schröder schrieb. Der Artikel in K.AZ.
Nr. 3. worin die S.P.D. Proletarier zum Teil als empfänglieher für die K.A.P.Prinzipien gezeigt werden als andere Proletarier, sei der Deckmantel für die Politik Schröders gewesen. Der Berliner K.A.P.Mann Michaelis habe überall erklärt: Die K.A.Z. schreibt Schröder und ihr vertreibt sie. Diesser Zustand sei unmöglich gewesen. Besen sei nicht in der Lage die finanzim alle Zugz Höhe der Beiträge für die Presse zu leisten, als wie die Ortagr. Berlin, da durch die allgemeine Arbeitelosigkeit der Besener Mitglieder nicht die Sätze aufgebracht werden können. Die Tinanzielle Opferfreudigkeit einer Ortegr. sei an der materiellen Lage gebunden. Die allgemeine Mit=

220/7

Die allgemeine Mitarbeit and er K.A.Z. werden der Zeitung ein proletarisches Gepräge geben, was für die Verbreitung wirkungsvoll sein wird.

Asn. Matt. Hennouer Man karm doch grundsätzlich in gegnerischne Versammlungen sprechen. Es kommt nur auf die Taktik drauf an. Hesonders Betriebsversammlungen lungen s eien geeigneter Boden frunsere Propagadga. Wem der Inhalt der K.A.Z. nicht passe solle sie durch Mitarbeit umgestalten helfen, das Vershalten Kalbitzers muß kritisiert werden.

Gen. Gehlechläger Mühlheim. Der Gen. Kalbitzer sei jesuitisch aufgetreten. Für Zeitungen keine Gelder abzuliefern sei Gewinn, ohne proletarisches Shragefühl. Es sei zu untersuchenwie die Taktik der K.A.P.D. angewandt werdedda die Ausbreitung der K.P.Prinzipien für die Entfaltung der Hevolution nötig ist. Die Mitglieder gegnerischer Organisationen wüssen mit menschlicher Achatung begegnet werden, da man sie als Menschen für die Revolution gewinnen will.

Man soll Essener Verhältnisse nicht mit Berliner Augen ansehen. Die K.A.Z. habe picht die proletarischen Spuegel wie er zu wünschen wäre. Für die K.A.P. kommt bei der Propaganda die Klasse als Gesamtheit in Frage, nicht hauptläche lich eine der organisierten Klassen. Frühere Tüchtigkeit eines Mitgliedes sei kein Freibrief für spätere Verfehlungen. Deshalb benutze man aber doch die früheren theoretischen festgelegten Erkenntnisse selcher Personen, deren Richtigkeit erwissen sei. Die Abbestellung der Presse sei der Ausweg gewesen aus der Unmöglichkeit der Situation. Wäre Schröders Austritt vorher bekannt gewesen, wäre die Abbestellung der Presse nicht erfolgt.

den. Märker. Essen. Als H.A. Mitglied kann er die Abbestellunder Presse nicht billigen, als Mitglied der Ortsgr. Essen aber wohl verstehen. Die Ursache der Abbestellung sei die Schröderangelegenheit gewesen. Der Zuruf des Koburg: Ob in Berlin nicht dasselbe sei, daß dort mit der Behauptung von Schröder hausieren gegangen worden sei, zur Klärung der Lage hätte Schröder öffentlich erklären sollen, daß er Mitglied der K.A.P.D. sei und sich gegen die Beseiche nung der S.P.D. als Genosse wende. Der Fall Schröder sei ein prinzipiuller fall. Unsere Presse kann wohl einen Apell an andere Organisationen richten, aber nicht Teile einer Organisation bevotzugen wegen angeblicher besonderer Entwicklungsfähigkeit zum K.A.P.Gedanken, und dieser Binstellung gemäß operiem ren. Das sei der Anfang des Weges Schröder gewesen, der nur so geendet habe. Die propagandistische Tätigkeit habe sich auf die gesamte Klasse zu erstwehe ken. Die Pressekommession können inhaltlich nicht an den Rüchstand der Masse anknüpfen. Der Vorschlag des H.A. betreffs festlegung der zu liefernden k tim kel für die Presse sei aus Zwechmäßigkeitegründen erfolgt. Der Parteitag müsse positive Arbeit leisten. Vorschlag zur Abstimmung über die Anträge.

Gen. Hermann. Berlin: Er wisse nicht ob man die Dinge von Essen aus aufdie Spitze treiben wolle, um es dann Berlin anzuhängen. (Gen. Habn sur Aufklärung. is 10.— Mark Pressegeld seien dem holld. Genossen auf Antrag der Ortsgr. Essen gegeben.) Gen. Koburg: Dahn misse die Ortsgr. Essen sehen wie die Summe wieder ersetzt wird.)
Gen. Hermann fortfahrend: Essen habe zugegeben, auch wenn dieses nicht gez schehen sei, sei dieses Geld doch nicht an die Pressekommission abgeliefert worden, wenn der Austritt Schröders nicht inzwischen bekannt geworden sei. Diese Haltung sei ein Verbrechen. Die Resolution Essen könne nicht behandelt werden auf Grund der Antragsbestimmungen des E.A. für den Parteitag., daß jeder Antrag bis zum 20.10. eingereicht sein mußte.

Gen. Paßlack. Hasen. Er ziehe die Resolution als Ortegr. Hasen zurück um eie als Hesolution der Hasener Delegierten vorzulegen. und schlägt Abstimmung larüber vor.

len. Hermann, Barlin spricht für Ablebnung.

Gen. Koberg. Spandan. ebenfalls. Gen. Matt. Hammover, spricht für die Resolution.

Resolution angenommen, gegen die Stimmen, von Bremen, Berlin und Spandau.

Gen. Kohrug. Spendau: Die Resolution dorfe nicht die Ortegr. behindern in der Propaganda innerhalb der gegnerischen oder zusammengesetzten Organisam tionen.

Abstimmung der Anträge:

- Antrag 1. De Ortsgr. Berslin stellt den Antrag den H.A. von Besen nach Brandsu zu verlegen.

 abgelebnt. t 7 gegen, 5 dafür.
- Antrag 2. Die Ortsgr. Berlin stelltden Antrag, daß jede Ortsgr. verpflichtet wird die Parteipresse zu beziehen und die bezogene Stücksahl zu bezahlen, andernfalls stellt sich dieselbe angerhalb der Org.
- Berlin. Der Parteitag beschließt daß pro Mitglied und Monat an den H.A. 25 & als Pflichtbeitrag absurechnen sind, gegen die Stims me der Ortegr. Essen, die mins auf den bisherigen Satz von 30% bestehen blieb angenommen.
- Antrag 4. Berlin stellt den Antrag den K.A.I.Kongreß noch in diesem Jahre stattfinden zu lassen. Als Tagungsland schlagen wir Deutschland vor. angenommen mit 5 gegen 2 Stimmen. Essen und Braunschweig. als Zeitpunkt wurde die 2. Hälfte des Monats Dezember beschlossen.
- Antrag 5. War durch den Austritt Schröders erledigt und kam aus diesem Gruns de trotz wiederholter Aufforderung von seiten des Essener Deles gierten nicht zur Abstimmung.
- Antrag 6. Der H.A. stellt den Antrag, das jedes Mitglied der Partei welches seine ideeelle oder materielle Karft in den Dienst einer gegnez rischen Organisation stellt, sei es durch Halten von Vorträgen oder durch Mitarbeit an gegnerischen Zeitungen, aus der K.A.P.D auszuschließen ist. Antrag angenommen gegen die Stimmen von Spandau und Berlin. Bremen Stimmenenthaltung.
- Antrag 7. war durch die Ablebnung von Antrag 1 erledigt und kam ebenfalls nie nicht zur Abstimmung.

Remoragana Machtrag zu Antrag 4. Als Delegierter wurde der Gen. Koburg, Spandan gewählt und als Tagungsort Berlin bestimmt. Dam H.A. bleibt es überlassen aus seiner Mitte einen Vertreter für den K.A.I.Kongreß zub bestimmen.

Genosee Hermann Berlin. Der Antrag 3 ist gestellt worden um die wirkliche Mitgliederzahl auf Grund der abgeführten Pflichtbeiträge innerhalb der Ortegrund somit auch der Gesamtorganisation festzustellen, um bei späteren Abstimmungen ein den tatsachen entsprechendes Ergebnis zu gewährleisten.

Auf Vorschlag der Ortegr. Essen, wurde der Gen. Paßlack in den H.A. gewählt und ihm aufgetragen daß in kürzester Zeit der H.A. vollzählig durch die Ortegr. Essen bestimmt und der Gesamtorgamisation namhaft gemacht werden muß.

Weiter wurde noch bestämmt daß der H.A. mit dem H.A. der K.A.P.W. vereint

K.A.P.W. vereint die Vorarbeiten zum K.A.I. Kongreß, soweit sie ihre Erlem digung noch nicht gefunden haben zu bewerkstelligen. Schluß der Tagung 12 f Uhr nachte.

2. Tag, 1. November 1926.

Die Weitertagung wurde eröffnet Montag vormittag 11 Uhr mit einer Stunde vers spätung.

Verlesung des Protokolls der verflossenen Tagung und Prüfung der Richtigkeit. Im Wesentlichen wurde das Protokoll für richtig anerkannt. Wach einer Mittagepause von 1 g Stunden wurde der Farteitag wieder eröffnet.

Gan. Märker. Rasen. Vor der Fortsetzung der Tagesordnung müssen wir die Passolution des Wirtschfs . Bez. Wiedersachsen behandeln.

Gen. Hermann Barlin. Pressekomm. Mitglied. In dem fragløchen Artikel haben sich aber die Hannoverschen Genossen schwer geiert. Er bezweckt nicht die Grundlage zu einer Vereinigung mit der Berliner Richtung, sondern ist ges schrieben um dieselbe zur Kinsicht zu bringen. eine politische Tat zu volle bringen, das heißt die Internationale.

Gen. Märker Rasen . schlägt vor die Korrespondenz zwischen uns und der Berliner Richtung in der Rinung durch die Presse zu veröffentlichen. Dieser Vorschlag wurde anerkannt.

Weber die Resolution müsse eine Abstimmung erfolgen.

com. Paslack Essen Der betreffende Artikel in der K.A.Z. Wr. 8 zur Taktik kann nicht nur so aufgefaßt werden, sondern es kann hieraus der Anschein erweckt werden, als wenn nur der eine Gegensatz, der Auffassung über die Insternationale bestände.

Es kommt nicht darauf an die Berliner von der Notwendigkeit der Internat. zu überzeugen, sondern dieselben haben sehr oft den Beweis erbracht, daß sie sehr tief in dem Sumpf des Reformismus und Opportunismus stecken, und sich in nichts mehr als wie in der Verneinung des Parlaments und der Gewerkschafsten von den übrigen Reformisten unterscheiden. Es besteht zwischen uns und der Berliner Richt ung nichts mehr gemeinsam als wieder Name. Eine Vereinigung von Organisation zu Organisation kann niemals in Frage kommen. Es ist Pflicht in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass dies sich nicht widerholen kann, der Gen. Matt solle die Resolution zurückziehen.

Can. Matt Hannover Dazu habe ich kein Recht. Diese Hesolution ist von der Besirkskonferenz beschlossen und ich habe sie zu vertreten. Diese Resolution kam sustande auf Grund der durch die schwankende Haltung der Berliner Richtungs K.A.Z. geschaffenen Lage im Besirk. Hier sei eine scharfe Taktik notwendig gegen die Berliner. Auch hier hat der H.A. versagt.

dem. Märker Hasen. Außer dem Schreiben an den H.A. der Berliner Richtungh hatte der H.A. keine Berchtigung gehabt zu weiteren organisatorischen ä Schritten. Diesee zu ändern sei Sache des Parteitages. Die Presse muß sich laufend mit der Berliner Richtung befassen. Die ideologische Einstellung in der Berliner Richtung sei verschiedenartig. Bei dem Zusämmentreften mit der Berliner Richtung in Masen sind dort die ehemaligen Artikel welche zur Spaltung führten nicht aufrecht erhalten worden von den anwesenden Mitgliese dern der Berliner Richtung.

Auch die grundsätzlichen Fragen, hier ist dass die Tendenz der Spaktung insperhalb der Berliner Richtung noch Geltung und daher kein Grund für uns vorliegt für eine Hinigung die Initiative zu ergreifen.

Die Resolution wurde gegen die Stimmen des Antragstellers abgelehnt.

Punkt 3 der Tagesorgnung. Stellungnahme zur K.A.I.

Hierzu erhielt der Gen. Hadinaki das Wort.

Die Ausbreitung der K.A.I. ist nicht Sache einer Propaganda sondern erhält eine Basis durch die steigenden Auswirkungen der kap. Todeskrise. Die historische Funktion der kap. Todeskrise ist, neben der materiellen Verelendung Die Kleinbürgerlichen Hassen innerhalb des Proletariats zu sermürben. Die Todeskrise entzieht dem Proletariat denmateriellen Boden des Trade Unionismus welcher als Bejaher von Kapital und Arbeit ideologisches Hemmis für die Persolutionism Haiten der Kleinbürger welcher als Bejaher von Kapital und Arbeit ideologisches Hemmis für die revolutionäre Weiterentwicklung der Massen ist. Die Aufgabe der kleinbürgerm Lichen Tradition ist subjektive Vorbedingung für Empfänglichkeit der K.A.P. prinzipien. Die objektiv günstigsten Länder für die Propaganda der K.A.P. Prinzipien, die westeuropäischen Industrieländer, Frankreich, England welche historisch autonomisch bedingt sei. Die Proletarier Deutschlands Englands und Frankreichs werden die bestimmenden Faktoren der Welt auf pelitischem Gebiert, solange nicht die Todeskrise auf dem übrigen Kontinent die brennenden Formen haben, wie in dem industriellen Westeuropa. Deshalb mus die Exekutive der K.A.I. ihre besondere Propagandatätigkeit auf diese beiden Länder konsentrieren, ohne die anderen Staaten zu vernachlässigen, die alle mehr argrarmäßiger Struktur eind. Auf diese Länder wird die Arbeiterbewegung der Industriestaaten immer richtunggend sein. Die materielle Zersetzung des Trades Unionismus sei ideologische Funktion der Todeskrise. Die Veberm windung der sich aus der Zersetzung ergebend ideologisch innerhalb des des Trades Unionismus sei ideologische Funktion der Todeskrise. Die Ueberwindung der sich aus der Zersetzung ergebend ideologisch innerhalb des
Preletariats und die Formierung der rev, Bewegung Aufgabe der K.A.I.. Dawn
ist es notwendig, daß die K.A.I. Organisationen bildet oder im organisaterischen Verhältnis zu sich sich bringt, die den K.A.P. Prinzipien entsprechen.
Die historische Berechtigung der K.A.I. liegt gerade in der Aufgabe, jeden
Reformismus und Opportunismus auf das unbedingsteste entgegen zu treten.
selbst bei Gefahr der Hinausschiebung der Bildung von K.A. Parteien. In läns
dern wo keine K.A. Besteht, wird die Exekutive der K.A.I. versuchen müssen
mit der Opposition der K.P.D. Fühlung zu bekommen und sie zum K.A.P.Gedans
ken hinüber zu leiten, um so erst Boden zur Propaganda zu bekommen. Hier ist
es gleich ob diese Opposition Organisation oder Einzelpersonen sind. Bedins
gung ist nur, daß sie fest zur K.A.P.Prinzipien stehen. Durch die Todeskrise
und durch die rußische Taktik sind die Bildungen von grundeätzlichen Oppos
sitionen innerhalb der K.P.Parteien unvermeidlich. Schwierigkeiten in der
Entfaltung internationaler Propaganda entstehen durch die sprachlichen Uns
terschiede. Die K.A.P. ist zwar in der lage die Schwierigkeiten in dieser
Richtung für England und Frankreich zu beheben, fürndie K.A.I. ist es auf
die Dauer ein unmöglicher Zustand, die internationalen Beziehungen einem
Lande zu überlassen. Beschwerend tritt hier noch der Umstand ein, daß die
K.A.P.W. auf Grund der ökonomischen Struktur ihres Landes nicht den nachs
haltenden Einfluß gewinnen kann, wie Parteien in den größten Industriestase
ten. Deshalb muß die K.A.P.D. Mittal und Wage finden um gemeinsam mit der K.A.P.W. auf Crund der ökonomischen Struktur ihres Landes nicht den nachmaltenden Binfluß gewinnen kann, wie Parteien in den größten Industriestamten. Deshalb muß die K.A.P.D. Nittel und Wege finden um gemeinsam mit der K.A.P.W. die direkte internationale Funktion unmittelbar zu übernehmen. Bezüglich Amerika besteht nicht die Aussicht vorläufig große Wirkung durch die Propaganda zu erzielen, da dert die Symptome nicht die akute europämische Brom angenommen haben. Das ist jedoch eine bloße Zeitfrage. Für Aasien gilt dasselbe, hier kommt erschwerend noch das Rassepsoblem hinzu. Es wäre viel, hier bloße Propagandagruppen zu erzielen, des später beschbeum nigend auf das rev. Tempo wirken könnten. Ausstralien und Afrika kommt nur soweit in Betracht, wie dort weiße Proletarier in Massen vorhanden eind, die aber bielleicht noch von der Loslösungstendenz des englischen Imperimalismus hafen ein den dech wehrlen diese schwell überwunden und der Kampf aliemus befangen sind, doch werden diese schnell überwunden und der Kampf wird dann schnell europäischen Charakter annehmen, ween die Bildung der und äbnliche Organisationen in Afrika vermuten lassen.

Diekusion über Punkt 3.

Gen. Harmann. Berlin. Die Konsentration der K.A.I. Propaganda auf England und Frankreich ist eine Selbstverständlichkeit. In England bestehen Propagandam möglichkeiten. Die XEININIK K.A.P.B. besteht, sobald Fühlung da ist. Wie weit die Ansätze augenblicklich dafür bestehen ist noch nicht endgültig

wieweit die Ansätze augenblicklich dafür bestehen ist noch nicht endgültig festzustellen. In Frankreich ist die Sache schon schwieriger, dort besteht heute augenblicklich gute Kon juktur. Ein neues feld ist Rußland, bisher sind dort nur Fersonen in Frage gekommen, ohne woiteren Anhang. Die Tätigkeitder K.A.I. ist darauf einzustellen, Zwischenbildungen von K.A.P.Parteien zu verschindern zu versuchen, als da Katz, Maslow, Fischer, Korsch, Schwarzgruppen. Die Schwarzgruppe nähere sich dem K.A.Gedanken und habe selbige schon Fühlung genommen mit der Berliner Richtung. Bezüglich Rußland ist für neue Propaganda bessere Verhältnisse wie früher, wenn anch jetzt noch illegal gearbeitet werden muß. Der jetzigen Oppobition welche wieder kapituliert hat werden neue folgen, durch die Stallin'sche Taktik.

Holland Kommt wohl für die K.A.Propaganda in frage, die Entfaltung der Revœlution ist dort zufolge der ökonomischen Struktur nicht wahrscheinlich, ebensowenig wie Bulgarien. Die Propaganda ist aber a uch dort von Wichtigkeit. Durch die Lage der K.A.P.D. ist die Arbeit der K.A.I. zurückgeschoben worzen. Deshalb muß der Parteitag positive Arbeit leisten. Nach der Beendigung des Kongresses muß ein Flugblatt herausgegeben werden daß überall dort verstreitet werden muß wo eine günstige Lage ist.

Der Kongreß müßte vor dem stattfinden der K.P.R. und K.P.D.Parteitage statts finden um deren Opposition mit Material zu versehen. Daher hat Berlin auf eine baldige Tagung gedrungen. Berlin schließe sich der K.A.P.W. en daß der Kongreß in Beutschland stattfinde und zwar aus Propagandarücksichten.

Gem. Märker Easan. Braunschweig habe sich für die Tagung in Holland ausgesprochen, Dresden für Deutschland. Der Beschluß des letzten Parteitages könne nicht se einfach umgestoßen werden. Die Auffassung der K.A.P.W. könne ern nicht versteben. Auf dem Kongreß müssen mindestens weitere Delegierte als wie die von Holand und Deutschland nur vertreten sein. Da der Kongreß doch nicht Kongreß halber abgehalten wird, sondern es auß dann auch positive arbeit geleistet werden.

Punkt & Verschiedenes.

Zur Angelegenheit Mauschewski Hannover, ergab die feststellung des Gen. Matt dass derselbe organisationschädigend gewirkt hat und nur noch versuche insperhalb der Partei für die Berliner Richtung zu wirken und mit seinem Ausstritt diese frage für die Partei entschieden ist. Der Genosee Koburg Spansdaulegt sein Mendat nieder als Mitglied der Untersuchungskommission in der Angelegenheit des obengenennten, darauf erfolgt die Verkehung einer Gesenreschution des Bes. Wiedersachsen, welche einstikmige Annahme fend.

Gen. Harman. Barlin. Es ist festgelegt worden, daß die Pressekommission in Berlin bleibt, aber nicht über die finanzierung derselben bestimmt worden. Die Ortsgr. muß zu jeder Nummer die herauskommt 28.—Mark aufbringen, dann ist das vorläufig Erscheinen im alten Umfang gesichert.

6.10 Uhr fand der Parteitag als beendet seinen Abschluß.

Parternale-

Resolution des Bezirks Niedersachsen.

Der Artikel in Wr.8. der K.A.Z. Jahrgang 1906 zur Taktik, bildet die Grundlage zur Aufrollung jeder bisherigen Politik der Berliner sowie Besener-Richtung der K.A.P.D. weiter die Grundlage einer eventuellen Verschwelzung.

Gegenresolution.

In der K.A.Z. Wr. 8. Artkel zur Taktik kann der Anschein erweckt werden als wenn hierdurch eine Annäherung oder Verschwelzung herbeigeführt werden soll Die Belegierten stellen sich in dieser Frage auf folgenden Standpunkt:

Die Speltung zwischen Berlin und Besen ist nicht zurpekzuführen auf die Machinationen eonzelnen Genossen, sondern war notwendig durch die gundsätzlistlichen und prinzipiellen Gegensätze innerhalb der Organisation. Wir stellen ausdräcklich fest, daß die Berliner Richtung weiter denn je zum Reformismus und Opportunismus neigt und eine Verbindung beider Gruppen ni ht infrage steht. Wir erkennen es als eine unserer höchsten Aufgaben an, die Mitglieder der Berlinerüber die Zwitterstellung ihrer Organisation in jeder möglichen Form die Augen zu öffenen.

rotokoll des Parteitages der K.A.P.D. am 31.10. und 1.11.1926. Bröffnet wurde der Parteitag durch den Genossen Märker als Mitglied des Geschäftsführenden-Haupt-Aueschußes am Sonntag den 31.10.26. vorm 11 Uhr.
Der Delegierte des Bes. Berlin, der Gen. Herusun, mann meldete sich sur Geschäftsordnung und Außerte sich sur Einberufung des Parteitages
Der H.A. ist diktatorisch über die Ortegr. Berlin, Hannover, Spandau und Bremen mur Einberufung eines außerordentlichen Parteitages übergegangen, trotzien voh den oben genannten Ortegr. eine Zentralausschußeitzung vors trotaden von den oben gemannten Ortagr. eine Zentraläusschußsitzung verslangt worden sei.

Demgegenüber wurde vom H.A. festgestellt, daß das nicht sutrifft, da die Behrschl der Organisation sich für einen Parteitag erklärt hätte, s.B. die Ortegr. Kiel. Dresden, Bamunschweig, Basen, Kettwig, Altenessen, Hannover hatte sich nicht für eine Zentralausschußsitzung erklärt, sondern hatte in einem Schreiben erklart, daß es gleich sei ob Parteitag eder Zentralausschußsitzung, und somit dem H.A. nichts anderen übrig geblieben wäre als einen Parteitag einzuberufen.

Wach dieser Geschäftsordnungsdebatte wurden zwei Gen. mit der Handatsprüfung beauftragt und swar der Gen. Beiß (Altenessen) und der Gen. Blum (Kettwig).

Dann erfolgte die Verlesung der Schreiben der Ortagr. Kiel. Brauns Dann erfolgte die Verlesung der Schreiben der Ortegr. Kiel. Braun-schweig und Dresden, welche hierdurch der Ortegr. Wesen, ihr Mandat übertrugen. Dann erfolgte die Verlesung eines Schreibens der K.A.P.W. an den Par-Die Handatsprüfungskommission gab damm folgenden Bericht: Berlin l Delegierter I Mandat Spandan Bremen Hannover 62 46 12 22 e) Essen Altenessen 89 401 Kettwig 17 lithlheim obne Handat. Zur Geschäftsführung wurden die Gen- Mürker und Hoß bestimmt und der Gen. Hadinaki zur Protokollführung.

In der Angelegnheit Gehlschlager wurde, da derselbe anwesend war, folz gebändes festgestellt: Der Gen. Gehlschläger batte sich in einem Schreiben an den 9. Parteitag gewandt, in dem er Beschwerde führte gegen die Ortegr. Essen. Dieses Schreiben gelangte erst nach Ablauf des Parteitages infolge zu später Absendung zu Händen des H.A. und konnte aus diesem Grunde nicht dem Parteitag vorgelegt werden.

Be wurde in dieser Sache festgestellt, daß der Gen. Gehlschläger Mitzglied sei. glied gei Hierbei wurde betont, daß es notwendig sei die Hinzelmitglieder der Partei straffer wie bisher organisatorisch zu erafassen, damit selbige besser kentroiert werden können in der Erfüllung ihrer organisatorischen Pfliche ton. Bine kurze Besprechung der vom H.A. vorgeschlagenen Tagesordnung ergab die Verbindung von Punkt 2 und 4 derselben. Hier wurde die Vorbesprechung geschlossen und es wurde eine Mittagspause von 1-3 Uhr beschlossen.

Die weitere Tagung wurde nach Bintreffen aämtlicher Delegierten um 3) Uhr eröffnet.
Nach Verlesung der am Vormittag beschlossenen Tagesordnung
Punkt 1 Die Weltpelitische Lage
2 Die Lage der Organisation
a Berboht des 1 a Bertcht des H.A. b Presse

3 Stellungsnahme zur K.A.I. 4 Verschiedenes erhielt der Gen. Kalbitzer zu Punkt 1 das Wort.

"Das Referat der politischen Lage folgt in einem besonderem Schreibeh. In der Diskusion sprach als erster der Lander Ausführungen eine Resolution des Bez. Wiedersachsen von der letzten Bezirkskonferenz vom 24.10.26. in. welche aber für den 2. Funkt zurückgelegt wurde. Amerikas Stellung als Weltbankier bedinge die Opposition der übrigen Staaten, besons ders der europäischen. Der Vökkerbund ist nicht entgegen eozialdemokratiacsseher Auffassung, der Sieg des Pasitissmus, sondern eine Institution sur Lequidierung gegensätzlicher Interessen der einzelnen Staaten Buropassmus gegen Amerika sich zu einigen.

Wenn dies gelunge, wird trots des Völkerbundes Buropa gegen Amerika

Krieg führen. Des int Arbeitsent belfe mit zur Erhaltung des kap. Westeuropa. durch diese Taktik verschaffe die S.P.D. dem Kapitalismus in seiner Todeskrise eine Atempause.

Gen.Koburg. Spredau, legt in seinen Ausführungen die bistorischen Gründe sowjetrussischer Politik dar. Führt dann weiter aus, daß die S.P.D. nicht für den Klassenkampf in Frage kommt und daß sie dem Kapitalismus keine Atem= pause verschaffen könne, da sie nicht Verbereiter sei für neue Kap. Formen sondern sich nur den Verhältnissen anpasse. As ist Aufgabe der K.A.P.D. ideolisch die Revolution vorzuberedten.

den Märker. Resen, betont die Wotwendigkeit des Themas der polit. Lage auf Parteitages, da erst durch die richtige politische Beurteilung der ge-

gebenen Periode auch die organisatorischen sowie taktischprinzipiellen Maßnahmen und Formen erkannt werden können.

Der Artikel der K.A.Z. Wr. 8. sei keine Badis zur Verschmelzung mit
der Berliner-Richtung. Grund hierfür ist in erster Linie mit die unentschiedene Haltung in Punkto Todeskrise. Er machte weiter den Vorschlag, daß der
Parteitag zur politischen Lage eine Resolution beschließen solle.

Gen. Kalbitzer. Basen. Be ist eine grundsätzliche Frage für die K.A.P.D. als revolutionüre Organisation, ob darch die Taktik der S.P.D. dem Kapitaliemus eine Atempause gewahrt werden könne, da die kapitl. Todeskrise erst From und Gestalt durch die prol. Erkenntnis annehme. Die S.P.D. bemmt diese Extenninis.

Gen. Hermann. Berlin. Der Kapitalismus benutze die reformistischen Organisatie onen zur Atempause. Genügt die II. Internationale diesem Zweck nicht mehr, so wird er zich der III. Internationale bedienen. Der Zeitpunkt hierfür ist noch unbestimmt.

den Matt Hammover Die III. Internationale ist ein Werkseug speziell rußisch. Politik. Mit der Annährung Rußlands an die anderen kapiel. Staaten wird dieses Werkseug überflüssig und wird desgalb die III. Int. in der II. Int. aufgehen können.

den. Märker Basen, brachte nochmals seinen Vorschlag, eine Resolution in diesem Punkt zu beschließen, in Brinnerung. (Vorschlag abgelehnt.)

Punkt 2. Die Lage der Organisation.

Hierau erhielt der Gen. Märker als Mitglied des H.A. das Wort.

Be ist ein Rückblik auf die Vergangenheit norwendig, da Vergangenes sich ausgewirkt hat auf die jetzige organisatorische Lage.

Zur Klrärung der Läge sei notwendig eine Brorterung der Dinge die vor dem 9. Parteitag zurückliegen, weil die ursächlichen Differenzen die die Haltung des H.A. bedingt hätten, aus jener Zeit zurückliegen.

Der Parteitag in Hannover hatte die Ortegr. Berlin beauftragt innerhalb 4 Wochen in der Sache Schröder Stellung zu nehmen. Doch dieses ist erst nach längerer Zeit geschahen. national and a superstant and a supersta

nach längerer Zeit geschehen.

Der H.A. habe den Kontrollausschuß das Anklagematerial gesandt (Verlesung der Schreiben) der Kontrollansschuß antwortete, dieses Material genüge nicht, es sei von der Berliner Richtung, die nur die Organisation zerschlagen wolle. Später habe der Kontrollausschuß durch ein schreiben gegen Schröder ent=

schwichen) der Kontrollausechuß antwortete, dieses Anterial genigen incht, es seiv on der Berliner Richtung, die nur die Organisation serschligien wolles Später babe der Kontrollausechuß durch ein boureiben gegen Schröder entschieden.

Sur Angelegenheit Schröder um die Partei nicht zu gefährden. Hir sind aber auch durch diese Angelegenheit ale H.A. in unseren organisatorischen Arbeiten verfehlungen gesehen. Hierdurch ist das Verhältens vor den S. Parteitig wieder bergestellt worden. Ich mache den Kontrollausechuß den Vorwurf in der Angelegenheit Schröder nicht achgemäß gehendelt zu heben- kuch die Veröffentlichung einer Erklätung in der Keä.Z. unt unsere hundechreiben als H.A. hutkfastrkeinnschungt ist von den S. Parteitig wieder bergestellt worden. Ich mache den Kontrollausechuß den Vorwurf in der Angelegenheit Schröder nicht schwage alle sind die Kragebogen bis heute zum größten Teil websen twortet geblieben.

Auf unsere Andechreiben als H.A. hutkfastrkeinnschungt ist von den Ortegr. angelhaft gemandelles Pflichten gegenüber den H.A. hat fast keine Ortegr. het finnansiellen Pflichten gegenüber den H.A. hat fast keine Ortegr.

erfüllt. Dieses Verhalten der Ortegr. hat auch läßmend auf den H.A. gewirkt. Anläßlich der Unrch die Schröderungelegenheit geschaftenen Lage leben es der H.A. a. Vorarbeiten für den K.A.I.Kongreß zu leisten. Der Brief der K.A.P.M. der mit einem deutschen Beglettschreiben an den H.A. gesundt worden seit in kwischen zurückgegeben worden. Ich gebe zu, das uhr hier eine Fahrlässeigkeit unterlausten ist, die aber nicht beabeichtigt war, auch nicht eeln konnte, die der Partei durch Holland gerichtet set, konnten die ursprüngelichen Behauptungen nicht aufrecht ernalten werden.

Auch est den Partei durch Holland gerichtet set, konnten die ursprüngelichen Behauptungen nicht aufrecht ernalten werden.

Auch ist indiesem Fall nicht wie vorgeschen die Korrespondens an den H.A., sondern durch die Ortegr. Bermen, ernt vor eingen Woohen auf der Benwurf des Gen. Plachmann (hreuen) das der Brieben ein der

Diskusion über Punkt 2.

Gen-Matt-Hannober. Die Zentralausschußsitzung ist verlangt worden, weil wir

keine Verbindung mehr mit dem H.A. hatten.
Unsere Gen. nahmen an. daß die Besener Gen. mit den Ergebnissen des
Hannoverschen Parteitages nicht zutrieden meien und diese Stellung einnahmen.
Darum hatten sie versucht zu retten, was zu retten war. Da alle Briefe die
an die infrage kommende Adresse abgesandt wurden nicht beantwortet wurden,
habe man sich an den Gen. Berg (Essen) gewandt. Zum Fall Schröder sagte er:
Die Partei kann nicht knall und Fall handeln, sondern der Kontroll-Ausschuß
mußte die Dinge erst gründlich untersuchen. Das Fehben von positiven Material habe dies gründlich verlängert. Das Material aus der K.A.Z.Berliner= hichtung genüge zwar formell, aber nicht endgültig. Die Vorträge die Gen.

Die Vorträge die Gen. Schröder in der S.P.D. gehalten, sind wohl ein formeller Verstoß, aber nicht genügend Grund für einen Ausschluß.

Bin weiteres Nachforschen ließ wohl ein reges Arbeiten mit der S.P.B.
vermuten, durch sein freiwilliges Austraten aus der K.A.P.D. ist dieser Fall
endgültig erledigt. Der H.A. habe jede Arbeit vernachlässigt. Der Gen. Mürker
selbst bat Bugogeben, daß der H.A. faul gewesen ei. Die Sache Schröder ist
hierfür keine Entschuldigung.

hierfür keine Antschuldigung.

dem Harmann, Barlin der Gen. Märker hat sich selber kritisiert. Die Argumente des Gen. Härker, die Verwirrung der Organisation durch Sobweigen zu vermeiden, sind nichtstimch abtig. Der Komprosiß auf dem 9. Parteitag hat die Hinbeit der Partei geschaften. Amerhalb von E Woohen hatte die Ortagr. Berlin die Angelegenheit Schröder zu prüfen und darin zu entscheiden gehabt. Die Kurse des Gen. Schröder sind literarische Vorträge in denen er keine Parteiprintigien verletzt hat. Ham solle nicht nur die Kritiz Schrödera am de Manne Artiz hel lesen, sondern auch den betreffenden Artikel selbst. Die Organisation Berlin sieht beinen Gründ vorhanden Schröder auszuschließen. Dieser hat schon vor längerer Zeit erflärt, wegen den Verwicklungen durch seine Person, aus der Organisation austraten zu wollen. Auf dem 9. Parteitag hätte man nicht nur den Gen. Schröder sondern die gamse Ortsgr. Berlin siklagen müssen. Die Berlinger Richtung wollte durch den Artikel einen Reil in die Organisation treiz ben. Benn der H.A. kein anderes Material babe, so sei dies ein schlechtes Zeichen für im. Was von dem Gen. Schröder geschrieben wurde, daren habe selbst die Berlif er Richtung nichts aussusstzen gehabt. Bis Ortsgr. Stettin sei ausgetzeten, weil amt dem 9. Parteitag in Hal over nicht die Binigung mit den Berliher Richtung beschlossen wurde. Weitere Gründe seien : Schwankende Halzung bezüglich der Todeskrise und der K.A.I. Weil Besen, besiglich des Aussehlung zu den 9. Parteitag nicht seinen Wilhen bekommen hätte sei es abschlißender gegen das Reich geworden und hätte den H.A. ine Schlepptan genommen, welcher niernit seine Helchsfunktion außer acht gelassen bat. Der H.A. habe nicht nur Sabotage an der K.A.P.W. habe der Gen. Cardoze die holm ländische Barstellung als zweifelahft bestätigt. Im Falle Gottberg habe die Pressekummission richtig gehandelt. Da der H.A. nicht genommen hat mit Bulgarten, und Bänemark, trotzdem dies auf den Venkerigen Parteitag von dem anwesenden holld. Belegierten zugesagt worden ist

Gen. Habn, Basen Be erregt Befrende, das die Briefe an den H.A. nicht beants wortet worden seien, auch das man sich, totzdem man noch mehrer Adressen wußte, an den Gen. Berg wendet, der kein Mitglied der Parteimist. Der Gen. Schröder ist meiner Auffassung nach seben auf dem vorigen Parteitag ausgesehlessen sorden. Die Beteiligung aus materiallen Gründen zur Mitarbeit in der S.P.B. ist Grund genug ibn auszuschließen. Schröder kann ebensogut stempeln geben wie jeder andere. Im August da. Jhra. war ein Gen. aus Holand in Deutschland und ist über die Lage informiert worden. Der Aweck der Reise des Gen. Cardono sei gewesen, den H.A. abzusägen. Die minimale Höhe der Gelder für die Presse von der Ortegr. Basen, ist begründet durch die Mitarbeit Schröders an derselben.

den Oshlachläger Mühlheim Zweifelsobne spielt die Person Schröder eine Rolle bei der Hinberufung des Parteitages. Durch seine Mitarbeit bei der S.P.D. babe Schröder gegen die K.A.P.D. gearbeitet. Die Beteiligung an Zwit= terorgenisationen ist dasselbe und die Partei muß degegen Stellung nehmen.

Gen. Paglack Resen. Kritik, die nur geübt wird wegen der Kritik wirkt zereet-zend und ist organisationsschädigend. Positive Kritik wirk aufbauend, beides wird nur all zu oft verwechselt.

Manche Johler und Mängel, die heute auf das Konto des H.A. gebucht werden sind konstruiert worden und in Wirklichkeit nicht vorhanden. Beweise sind dafür: Die Breuer Protokolisusendung und holländsch. Aundschreiben, weitere Pehler sind auch noch sehr fraglich. Scheinbar soll es auch hier heißen, der Zweck heiligt die Hittel. Die Frage Schröder zwinge der Ortsgr. Berlin und nach med dere diese Kritik auf. Die Gewißheit, daß die B.P.J. niemand erlauben wird innerhalb ihrer Reihen zewestsend zu wirken ist wehl für jeden zweifelles. Ine Hitarbeit wird nur komrumpierten Personen gestattet. Wenn den Gen. Schröse der als Revolutionär etwas an der K.A.P.D. gelegen wäre, so hätte ar alles andere preis gegeben und sich dagegen gewehr, vom Zentralergan der S.P.D. Genosse geannt zu werden.

Auch trifft es nicht zu, daß die Ortegr. Hasen den H.A. ins Schlepptam genomen hat, auch das Gegenteil ist nicht der Pall. Wäre die Ortegr. Hasen durch die Auswirkung ihrer eignen Lage nicht so in Anspruch genomen worden, so wären wohl manche Mängel, die heute bei dem H.A. foatgestellt unterbliem ben, durch die Kontrolle als Vorart des H.A.

ten. Dietzich Essen. Vertreter der A.A.W.D. von R.A.A. Antrag 5 und 6 enthalten bereits den Wiederschlag der Anregung des Gen. Ochlachläger. Die Gen. aus Dresden hatten mitgeteilt, daß anläßlich der Fürstenabfindung Schröder als Res ferent öffentlich zu diesem Thema avisiert sei, er sei aber nicht erschienen. Die Themen mikten Schröders mißten doch irgend welchen Extrakt ausscheiden, der aber nicht der der K.A.P.Prinzipien sein kann.

Gen. Flackmann. Breen. Breen und Berlin batten im Märs die K.A.Z. berausgegemben. Bremen hat jeden Monat 35.—M für die Presse gegeben. Wir komnten nur eine machen, wenn alles am die Presse gewandt wurde konnten wir den anderen Verpflichtungen nicht nachkommen. Bine Adresse von Kiel war vom H.A. trots widerholter Anfrage nicht zu erlangen. Deshalb war die Annahme gegeben, daß vom H.A. bewußt Sabotage an der Organisation betrieben worden sei. Seine persönliche Auffassung beim Lesen über die literarische Tätigkeit Schröders sei; Daß er beim Lesen der Schröder schen Artikel, soweit er ihrer habhaft werden konnte, die Auffassung habe, daß hieram theoretisch nicht muszusetzen ist, obgleich die Artikel nicht für die K.A.Z. geeignet wären. Das Versagen des H.A. hat sermürbend auf die Ortagr. Bremen gewirkt.

Gen. Kohrug. Spandau. Die Frage ist bier, wo man den Kommunismus propagieren dürfe. Das Diekutieren Schröders in der 3.P.D. ist dasselbe. Schröder sind keine Verletzungen der K.A.P.Prinzipien nachzuweisen. Beweise für die Mitzgliedechaft Schröder bei der 5.P.D. sind nicht erbracht. Durch Schröder sei ein Aufrütteln der S.P.D. Mitglieder zum Teil schon erfolgt. Die K.A.P.D. müsse zersetzend auf andere Organisationen wirken. Hierin ist bis jetzt noch nichte getan. Ich lehne es ab über Schröder den Stab zu brechen, ehe ich nicht grundlegende Beweise habe. Breitscheid und Hilferding sind gegen die Tätige keit Schröder in der S.P.D.

dan Härker Basen. Schröders Stellung als Prominenter sei die Basis für den Unfang des Streites. Dieser habe durch seinen Austritt der K.A.P.D. einen größeren Dienst erwiesen, als durch das Abhalten von Vorträgen in der 3-P.D. Das Bekanntsein der Tätigkeit Schröders welches durch die Berliner Michtung ögfentlich übetall verbreitet wird, ist bier in Basen ein großes Hemmis Sur Propagherung des K.A.P. Gedankens. Hennover war auch nicht immer aktiv. Das Schweigen des H.A. Solite die Aktivität der Ortsgr. wecken. In der Pesriode des Wichterscheines der K.A.Z. sei auf die Aundschreiben des H.A. sehr mangelhaft gesntwortet worden. Die Partei zuß Grundlagen schaffen datür, die Ortsgr. bei Pflichtversaumnis von der Organisation ebeneo zur Rechenschaft gezogen werden können wis Korperationen. Auf Stettin hat auch die durch Schröders bedingte auge einen Binfluß gehabt, andererseits die Ausführungen des Gen. Bemann auf Stettin zweifellos ebenfalls zutreffen. Ich erbeuere nochmals meinen Vorschlag, jede Ortsgr. die ihren Veröflichtungen nicht nachkommt, den Stuhl vor die Tür zu setzen.

Commande Homover. Es ist nur die Tätigkeit des H.A. gerügt worden. Die Orgen haben dasselbe Recht Kritik su üben an der Tätigkeit von Korperatis ofen wie auch umgeskehrt. Die Sache Schröder ist eine Prinzipienfrage.

Paflack Essen.

An Historiannasen Hier bestehen zwei Gruppierungen um verschiedene Formen in Frage der Taktik und Propaganda. An den Fäll Schröder darf man nicht philosacpisch heren geben, sondern bistorisch materialistisch. In der Frage der Pflichtbeiträge weiß ich nur, daß die Ortsgr. welche eine Reichskörperschaft stellt auch immer finasiell bluten muß. Essen hat außerdem wöchentlich als Ortsgr. ein Flugblatt mit der Union zusammen erscheinen lassen, welches aucch Kosten forderte. Dieses kann nicht entschuldigend sein für die Ablieferung der Pflichtbeiträge. Pflightbeiträge.

Gen-Weiß Altenessen Die Ortegr. Berlin und Spenden decken beute Schröder, es ist nicht möglich als K.A.P.Dist in der S.P.D. Versammlung zu sprechen.

Ben. Habn. Basen. Antrag auf Schluß der Debatte und Abstimmung der Anträge. Begrindung: Da in der Diskusion ausschließlich die Grundlagen den Antrag 5 und 6 diskutiert worden sind, schlage ich die Abstimmung dieser Anträge vor. Antrag wurde abgelebnt.

Antreg warts augereunt.

Ann. Harmann Berlin. Die Hebauptung daß man in S.P.D. Versammlungen nicht gragrundsätzlich als K.A.P.Dist sprechen kann ist unwahr. Die Presse ist von jester das Schmerzenskind der Organisation. Vor allem ist die geschäftliche Seite die schmerzichste. Alle Versuche der Pressekommission die schwierige Lage Subeben sei an der Argamisation gescheitert, entweder durch ablebnen von Anträgen oder Nichterfüllung von Verpflichtungen. Ideell wie finanziell ist die Presse heute von den Ortagr. Bremen, Berlin, Spandau und Hannover versorgt worden. Inhaltlich scheint die K.A.Z. der Gesamborganisation genehm gewesen zu sein, da keinerlei Beschwerden an die Pressekommission gelangt sind. Wur Essen habe später eine Ausmahme gemacht und den Vertrieb abgelebnt, weil Schröder Mitswarkstank glied der S.P.D.sei. Die Kinstellung der Ortagr. Besen sei komisch. Man muß es schon der Pressekomm. zutrauen nur K.A.P. prinzipielle Amtikel zu veröffentlichen. Auch hier habe der M.A. Versagt. die Kinstellung der Essener Gen. sei traurig. Der H.A. habe sich verpflichtet Artikel zu liefern habe aber nie etwas von sich hören lassen. Der Schlendrien mit der Pressevers pflichtung muß aufhören, da sanst ihr weiteres Brecheinen gefährdet ist. Die Ortagr. die biaher die Presse tinanziert haben sind ausgepumpt. Der Ausfall der Presse bedeutet Propagandarückgang. Die Auflassung der Gen. Passhauer in der Zeitungsfrage sei zu außbilligen. Min korperatives Arbeiten der Gesamt= Organisation ander Presse seb notwendig.

Gen. Kalbitzer Besen. In gegenerischen Versammlung kann mam solange sprechen, wie man auf den Gegner Hols hackt, sobald der K.A.P.Mann prinzipiell zu Struks tur des Kapitalismus Sprint und die Folgerung zieht, fliegt er unter den Tisch. De ist etwas anderes ob man in der Diskusion spricht oder als Beaufe tragter der S.P.D. Die Kritik an den H.A. ist kritik des Blocks Schröder. Die letzten 10. -- Mark Zeitungsgelder hat man dem Gen. Cardozo für die Fahrt nach Berlin engeben es sei aber fraglich oh mie auch en an die Pressekomm nach Berlin gegeben, es sei aber fraglich ob sie auch so an die Pressekomm mission gelangt wären. Die Essener Mitglieder wollten keine K.A.Z. mehr verm teilen, weil Johröder schrieb. Der Artikel in der K.A.Z. Wr. 3. worin die A S.P.D. Proletarier sum Teil empfänglicher für die K.A.P. Prinzipien gezeigt werden als andere Proletarier, sei der Deckmantel für die Politik Schrödere gewesen. Der Berliner K.A.P. Mann Michaelis habe überall erklärt: Die K.A.Z. achreibt Schröder und ihr vertreibt eie. Dieger Zustand sei unmöglich gewesen. Essen ist nicht in der Lage die finanzielle Höbe der Beiträge für die Presse zu leisten, wie die Ortegr. Berlin, da durch die allgemeine Arbeitelosigkeit der Essener Mitglieder, nicht die Sätze aufgebracht werden konnen. die finanzielle Opferfreudigkeit einer Ortegruppe sei and er materiellen Lage gebunden.

Die allgemeine Mitarbeit an der K.A.Z. werden der Zeitung einen proletarisches Gepräge geben, was für die Verbreitung wirkungsvoll sein wird.

GeneMatt. Mennover. Menn doch grundeätslich in gegenerischen Versammlungen sprechen. Die kommt nur auf die Taktik drauf an. Besonders Betriebsversamme lungen s eien geeigneter Boden für unsere Propaganda. Wem der Inhalt der K.A.Z. nicht passe solle sie durch Mitarbeit ungestalten helfen, das Verhalten Kalm bitsers muß kritisiert werden.

Gen. Geblachläger. Mühlheim. Der Gen. Kalbitzer ist jesuitisch aufgetreten. Für Zeitungen keine Gelder abzuliefern ist Gewinn ohne proletarisches Ehrzgefühl. Es sei zu untersuchen wie die Taktik der K.A.P. angewendt werde, da die Ausbreitung der K.A.P. Prinsipien für die Entfaltung der Revolution nötig ist. Die Hitglieder gegnerischer Organisation müssen mit men schlicher Achtung begegnet werden, da man sie als Menschen für die Revolution gweinnen will.

Gen. Paßlack Rasen verließt zuerst eine Resolution.

Man soll Resener Verhältnisse nicht mit Berliner Augen ansehen. Die K.A.Z. habe nicht den proletarischen Spiegel wie er zu wünschen wäre. Für die K.A.P. komst bei der Propaganda die Klasse als Gesamtheit in frage, nicht hauptsäche lich eine der organisatierten Klassen. Frühere Tüchtigkeit eines Mitgliedes ist kein Freibrief für spätere Verfehlungen. Deshalb benutze man aber doch die früheren theoretischen festgelegten Erkenntnisse solcher Personen, deren Riche tigkeit erwiesen ist. Die Abbestellung der Presse sei der Ausweg gewesen aus der Unmöglichkeit der Situation. Wäre Schröders Austritt vorher bekannt gewesen, wäre die Abbestellung der Presse nicht erfolgt.

Gen. Märker. Been. Als H.A. Mitglied kann ich die Abbestellung der Presse nicht billigen, als Mitglied der Ortsgr. Essen, aber wohl verstehen. Die Ursache der Abbestellung sei die Schröderangelegenheit gewesen. Der Zuruf des Gen. Komburg: Ob in Berlin nicht dasselbe sei, daß dart mit der Behauptung von Schröder hausieren gegangen worden sei, zur Klärufg der Lage hätte Schröder öffentlich erkären sollen, daß er Mitglied der K.J.P.D. sei und sich gegen die Beseiche nung der S.P.D. als Genesse wende. Der Fall Schröder ein ein prinzipieller. Unsere Presse kann wohl einen Apell an andere Organisatioen richten, aber nicht Teile siner Organisat on bevorzugen wegen angeblicher besonderer Int= wicklungsfähigkeit zum K.A.P. Gedanken, und dieser Einstellung gemäß operieren. Das sei der Anfang des Weges Schröder gewesen, der nurvso geendet habe. Die propagandistische Tätigkeit habe sich auf die ganze Klaese zu erstrecken. Die Pressekemmission könne inhaltlich nicht an den Rückstand der Masse anknüpfeh. Der Vorschlag des H.A. betrefts Festlegung der zu liefernden Artikel für die Presse sei aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt. Der Parteitag müsse positive Arbeit leisten. Vorschlag zur Abstimmung über die Anträge.

den Harmann. Berlin Er wisse nichtb ob man die Dinge von Besen auf die Spitze treiben wolle, um es dann Berlin anzuhängen. Gen. Hahn zur Aufklärung. Die 10,-M Pressegeld seien dem bolld. Gen. auf Antrag der Ortagr. Besen gegeben worden, Gen. Koburg: Dann müsse die Ortagr. Mesen seben wie die Summe wieder ersetzt wird.)
Gen. Hermann fortfahrend. Essen habe zugegeben, auch wonn dieses nicht gemenbehen sei, sei dieses Geld doch nicht an die Pressekommission abgeliefert worden, wenn der Austritt Schröders nicht inzwischen bekannt geworden sei. Diese Haltung sei ein Vertrechen. Die Resolution Essen könne nicht behandelt werden auf Grund der Antragbestimmungen des H.A. für den Parteitag, das jeder Antrag bis zum 20.10. eingereicht sein mußte.

Gen. Paglack, Masen. Sieht die Resolution als Ortegr. Besen zurück umsie als Resolution der Essener Delegation vormlegen, und schlägt Abstimmung darüber AOL.

Gen. Hermann, Berlin, spricht mages für die Ableimung.

Gen Kohurg Spandau ebenfalls.

Resolution andenommen, gegen die Stimmen von Bremen, Berlin und Spandau.

Gen. Koburg. Epandau Die Resolution dürfe nicht die Ortegr. behindern in der Propaganda innerhalb der gegnerischen oder zusammengesetzten Organisationen.

Abstissung der Anträge.

- Antrag 1. Die Ortegr. Berlin stellt den Antrag, den H.A. von Essen nach Berlin und Spandau zu verlegen. abgelehnet. 7 gegen 5 dafür.
- Antrag 2. Die Ortegr. Berlin stellt den Antrag, daß jede Ortegr, verpflichtet wid die Parteipresse zu beziehen wid die bezogene Stückzahl zu beszahlen, andernfalls stellt sich dieselbe außerhalb der Organisation. einstimmig angenommen.
- Antrag 3. Der Parteitag beschließt, daß pro Mitglied und Monat 25 & an den H.A. als Pflichtbeitrag absurechnen sind. Gegen die Stimme der Ortegr. Assen, die auf den bisherigen Bats von 30 & stehen blieb angenommen.
- Antrag 4. Berlin stellt den Antrag den K.A.I. Kongreß noch in die sem Eabretattlinden zu lassen. Als Tagungsland schlugen wir Deutschland vor. angenommen mit 5 gegen 2 Stimmen. Essen und Braumschweig.

 Als Zeitpunkt wurde die zweite Hälfte des Monat Dezember beschlossen.
 Als Delegierter wurde der Gen. Koburg Spandau gewählt und als Tagungsort Berlin bestimmt. Dem H.A. Dielöt es überlassen aus seiner Mitte einen Vertreter für den K.A.I. Kongreß zu bestimmen.
- Antrag 5. War durch den Austritt Schröders erledigt und kam aus diesem Grund nicht zur Abstimmung, trotz wiederholter Aufforderung von seiten des Essener Delegierten.
- Antrag 6. Der H.A. stellt den Antrag, daß jedes Mitglied der Partei welches seine ideelle oder materielle in den Dienst einer gegnerischen Organisation stellt, sei es durch Haltung von Vorträgen oder durch Mitarbeit an gegnerischen Zeitungen, aus der K.A.P.D. auszuschließen ist.

 Antrag angenommen gegen die Stimmen von Berlin und Spandau. Bremen Stimmenentbaltung.
- Antrag 7. war durch die Ablebnung von Antrag 1 erledigt und kam ebenfalle nicht zur Abetimmung.

Genosse Hermann. Berlin. Der Antrag 3 ist gestelltim worden um die wirkliche Mitgliederzahl auf Grund der abgeführten Pflichtbeiträge innerhalb der Ortgrund somit auch der Gesamtorganisation festzustellen, um bei späteren Abstimmungen ein den Tateachen entsprechendes Ergebnis zu gewührleisten.

Auf Vorschlag der Ortegr. Essen wurde der Gen. Paßlack in den H.A. gewählt und ihm aufgetragen, daß in kürzester Zeit der H.A. vollzählig durch die

Ortegr. Hesen bestimmt und der Gesamtorgenisation namhaft gemacht werden muß-

Weiter wards noch bestimmt, das der H.A. mit dem H.A. der K.A.P.M. vereint

220/21

K.A.P.H. vereint die Vorarbeiten für den K.A.I.Kongreß, soweit sie ihre Braiedigung noch nicht gefunden haben, zubewerkstalligen.

2. Tag. 1. Movember 1926.

Die Weitertagung wurde eröffnet Mentag vormittag 11 Uhr mit einer Stunde verspätung.

Verlesung des Protokolls der verflossenen Tagung und Prüfung auf Richtigkeit. Im Wesentlichen wurde das Protokoll für richtig anerkannt. Wach einer Mittage= pause von 1 g Stunden wurde der Parteitag wieder eröffnet.

Gan Marker Basen. Vor der Fortsetzung der Tagesordnung missen wir die Resolution Wiedersachsen behandeln.

Gen. Hermann Berlin, Pressekomm. Mitglied. In dem fraglichen Artikel haben sieh aber die Hannoverschen Gen. schwer geirrt. Er bezweckt nicht die Grundlage zu einer Vereinigung mit der Berliner Richtung, sondern ist geschrieben um dies selbe zur Binsicht zu bringen, eine politische Tat zu vollbringen, daß heißt die Internationale.

den. Härker Basen, schlägt vor die Kotrespondenz zwischen und und der Berlis ner Richtung in der Binigung durch die Presse zu veröffentlichen.

Dieser Vorachlag wurde anerkannt. Ueber die Resolution musse eine Abstimmung erfolgen.

Gen. Pastack Resen. Der betreffende Artikel in der K.A.Z. Vr. 8 zur Taktik kann nicht nur so aufgefaßt werden, sondern es kann hieraus der Anschein erweckt w werden, als wenn nur der eine Gegensatz, der Auffassung über die Internation nale bestände.

Es kommt nicht darauf an die Berliner von der Motwendigkeit der Internation.

zu überzeugen, sondern dieselben haben sehr oft den Beweise rbracht, daß sie
sehr tief in dem Sumpf des Heformismus und Oppertunismus stecken, und sich
in nichts mehr als in der Verneinung des Parlaments und der Gewerkschaften
von den übrigen Reformisten unterscheiden. He besteht zwischen und und der
Berliner Richtung nichts mehr gemeinsam als wie der Mame. Eine Vereinigung
von Organisation zu Organisation kann nommals in frage kommen. Es ist Pflicht
in Zukunft dafür Sorge zu tragen, daß dies sich nicht wiederholen kann. Der
Gen. Matt solle die Resolution zurücksiehen.

Gen. Matt. Hannover Dazu habe ich kein Recht. Diese Resolution ist von der Bezirkskonferenz beschlossen und ich habe sie zu vertreten. Diese Resolution kan zustande auf Grund der durch die schwankende Haltung der Bezliner K.A.Z. geschaffenen Lage im Bezirk. Hier sei eine scharfe Taktik notwendig gegen die Berliner. Auch hier bat der H.A. versagt.

der H.A. keine Berechtigung gehabt weitere organisatorische Schritte zu unternehmen. Dieses zu ändern sei Sache des Parteitages. Die Presse zuß sich laus
fend mit der Berliner Richtung beafasen. Die ideologische Binstellung in der
Berliner Richtung sei verschiedenartig. Bei dem Busammentreffen mit der Berliner Richtung in Essen sind dort die ehemaligen Artikel welche zu Spaltung
führten nicht aufrecht erhalten worden von den anwesenden Mitgliedern der
Berliner Richtung.

Auch die Grundsätzlichen Fragen. Hir hat die Tendenz der Spaltung innerhalb der Berliner Richtung noch Geltung und es liegt daher kein Grund für uns vor die Initiative für eine Binigung zu ergreifen. Die Resolution wurde gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Stellunghame zur K.A.I.

Hierzu erhielt der Gen. Hadinski das Wort.

Hierau erhielt der Gen. Hadinski das Wort.

Die Ausbritung der K.A.I. ist nicht Sache ehner Propagenda aondern erhält eine Basis durch dies teigenden Auswirtungen der Todeskrise. Die histrorische Funktion der kap. Todeskrise ist, neben der materfellen Verelendung die kiehn bürgerlichen Hassen des Proletariats au sermiftenen. Die Todeskrise steicht dem Froletariat den materiellen Boden des Trade Unionismus welcher als Belghor von Emptal und Arbeit ideologisches Assamie für die Isteventviklung der Hassen ist. Die Aufgabe der kenhürgerlichen franktion ist anlichtive Vorbedingung für die Buptinglichkeit der A.J. Prinziplen. In vorsieuterphischen Aufger für die Propagenda der LasPertniplen, Aufgebeite des Mannen für die Buptinglichkeit der A.J. Prinziplen. In vorsieuterphischen Aufger für die Propagenda der LasPertniplen, Aufgebeiter der Vorbedingung er für die Propagenda der LasPertniplen, Aufgebeiter der Vorbedingung er Frankrich in gland, welcher hieber beite mit onen der Gert auf politischen Gebeiter Bennen der Vorbedingung der Schaltungen haben, wie index versieuter dem Gerte der Propagen eine Aufgebeiter den Propagen der Schaltung der Kahl ihre besondere Propagen auswahrt der Schaltung der Schaltung der Kahl ihre besondere Propagen der Schaltung der Schaltung der Kahl ihre der Schaltung der Kahl ihre Geberrinung der Schaltung der Kahl ihre gerade ihre der Schaltung der Kahl ihre der Schaltung der Kahl ihre gerade ihre der Schaltung der Kahl ihre gerade ihre der Schaltung der Kahl ihre der Schaltung der Kahl ihre gerade ihre der Schaltung der Kahl ihre der Schaltung der K und äbnlaiche Organis tonen in Afrika vermuten lassen.

Diskusion über Punkt 3.

Gem. Hermann. Berlin. Die Komzentration der K.A.I. Propaganda auf England und Frankreich ist eine Selbstverständlichkeit. In England bestehen Propagandamöge lichkeiten. Die K.A.P.B. besteht, sobald Fühlung da ist. Wie weit die Ansätze augenblicklich dafür bestehen ist noch nicht endgültig festzustellen. In

In Frankreich ist die Sache schon schwieriger, dort besteht heute angenblickelich gate Konjuktur. Bin neues Feld ist Ambland. Bisher sind dort nur Personen in frage gekommen ohne weiteren Anhang. Die Tätigkeit der K.A.I. ist das rauf einzustellen, Zwischenbildungen von K.A.Parteien zu verhindern zu versuchen, als da Kata, Maslow, Fischer, Korsch, Schwarzgruppen nahere seh dem K.A.Gedanken und habe schon Verbindung mit der Berliner Richtung genommen. Bezüglich Bußland ist für neue Propaganda bessere Verhältnisse wie früher, wenn auch jetzt noch illegal gearbeitet werden muß ber jetztigen Opposition welche wieder kapitätiert hat werden neue folgen durch die Stallin'sche Taktik.

Holand kammit für die K.A.Propaganda in frage. die Entfaltung der Revolution ist dort zufolge der ökonomischen Struktur nicht wahrscheinlich, ebensowenig wie Bulgarien. Die Propaganda ist aber auch dort von Wichtigkeit. Durch die Lage der K.A.P.D. ist dieArbeit der K.A.I. zurückgeschoben worden. Beshalb muß der Parteitag positive Arbeit leisten. Nach der Beendigung des Kongreßes muß ein Flugblatt herausgegeben werden, daß überall dort verbreitet werden muß, wo eine günstige Lage ist.

Der Kongreß minste vor dem Stattfinden der K.P.R und K.P.D. parteitage statts finden um deren Opposition mit Material zu versehen. Baher hat Berlin auf eine baldige Tagung gedrungen. Berlin schliche sich der K.A.P.W. an. daß der Kongreß in Deutschland stattfinde und swar aus Propagandarücksichten.

Gen. Wärker, Lasen. Braunschweig habe sich für die Tagung in Holland ausge= sprochen. Drasden für Deutschland. Der Beschluß des letzten Parteitages könne nicht so einfach umgestoßen werden. Die Auffassung der K.A.P.W. könne er nicht verstehen. Auf dem Kongreß müßten mindesten auch weitere Delegieerte als wie nur Holland und Deutschland vertreten sein. Da der Kongreß doch nicht Kongreß halber abgehalten wird. sondern es muß danna auch positive Arbeit geleistet werden.

Punkt 4 Verschiedenes.

Zur Angelegenheit Mauschewski Hannover, ergab die Feststellung des Gen. Matt dass derselbe organisationschädigend hat und nur noch vorsuhe innerhalb der Fartei für die Berliner Richtung zu wirken und mit seinem Austritt die se Frage für die Partei entschieden ist Der Gen. Koburg Spandau legt sein Mandat nieder als Mitglied der Untersuchungskommission in der Angelegenheit des obens genannten. Darauf erfolgt die Verlesung einer Gegenresolution des Bez. Nies dersachsen, die einstimmisse Annahme fand. dersachsen, die einstimmige Annahme fand.

Gen. Hermann. Berlin. Es ist festgelegt worden, daß die Pressekommission in Berlin bleibt, aber nichteüber die Pinansierung derselben gesprochen worden. Die Ortsgruppe muß zu Heder Mummer die Herauskommt 28.- Mark aufbringen, dann ist das vorläufige Erscheinen im alten Umfang gesichert.

6.10 Uhr fand der Parteitag als beendet seinen Abschluß.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands Geschäftsführender Hauptausschuss.

Resolution des Bezirks Wiedersachsen.

Der Artikel in Nr.8. der K.A.Z. Jahrgang 1926 zur Taktik, bildet die Grund= lage zur Aufrollung jeder bisherigen Politik der Berliner sowie Essener= Zichtung der K.A.P.D. weiter die Grundlage einer eventuellen Verschmelzung.

Abys lafort d'afria Gummen

degenresolution.

In der K.A.Z. Wr. 8. Arakel zur Taktik kann der Anschein erweckt werden als wenn hierdurch eine Annaherung oder Verschmelzung herbeigeführt werden sell Die Belegierten stellen sich in dieser Frage auf folgenden Standpunkt:

Die Spaltung zwischen Berlin und Essen ist nicht zurpckzuführen auf die Machinationen eonzelnen Genossen, sondern war notwendig durch die gundsätzlichen und prinzipiellen Gegensätze innerhalb der Organisation. Wir stellen ausdrücklich fest, daß die Berliner Richtung weiter denn je zum Reformismus und Opportunismus neigt und eine Verbindung beider Gruppen ni ht infrage steht Wir erkennen es als eine unserer böchsten Aufgaben an, die Mitglieder der Berlinerüber die Zwitterstellung ibrer Organisation in jeder möglichen Form die Augen zu öffenen.